

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.50 Mk. im voraus zahlbar. Postbezug 4.25 Mk. einschließlich 50 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandabonnements 6.— Mk. pro Monat.

Der Vorwärts erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Zwischenfälle“, „Sonder-Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bilder in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konpartierung des 80 Pfennig. Reichsgebietes in Reichswart, „Kleine Anzeigen“ des letzten Monats (Wort), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Erstausgabe des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 3, wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassent: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Tid.-Gel., Postkasten Lindenstr. 3.

Neuhöfen ein Spionagefall

Hintergründe des deutsch-polnischen Grenzzwischenfalls.

Die Frage der Schuld an dem Zwischenfall von Neuhöfen ist bisher von der internationalen Presse zwar zum Teil sehr leidenschaftlich, aber in vollkommener Unkenntnis der Tatsachen erörtert worden. Da alle Welt an einer raschen Aufklärung des traurigen Vorfalls interessiert ist, richten wir hiermit an die Regierung öffentlich die Frage, ob es richtig ist, daß der Zwischenfall letzten Endes auf eine Spionageangelegenheit zurückzuführen ist. Ist es insbesondere richtig, daß die beiden polnischen Beamten den Versuch gemacht hatten, einen deutschen Beamten durch Geldversprechen zum Verkauf gewisser Dokumente zu verleiten? Ist es richtig, daß die beiden Polen durch eine scheinbare Zusage veranlaßt worden waren, in die deutsche Zollbude zu kommen, daß sie dort, auf deutschem Boden, wegen Spionage verhaftet werden sollten, worauf sie sich zur Wehr setzten und alles weitere entstand? Warum säumt die deutsche Regierung, volle Aufklärung über eine Sache zu geben, über die im Umkreis Marienwerders jedermann Bescheid weiß oder wenigstens zu wissen glaubt?

Liegt der Fall so, wie hier angenommen wird, so erinnert er in mancher Beziehung an den berühmten Fall Schnäbele. Am 20. April 1887 war der französische Polizeikommissar Schnäbele, der als Chef der Spionage im Elsaß galt und gegen den ein Haftbefehl des Reichsgerichts vorlag, von einem deutschen Beamten zu einer Unterredung auf deutschem Boden eingeladen und verhaftet worden. Wegen dieser Verhaftung führte die französische Hegepresse togeelang eine äußerst aufgeregte, ja sogar drohende Sprache. Bismarck, der „eiserne Kanzler“, ließ sich jedoch dadurch nicht dazu verleiten, „Stärke zu zeigen“, sondern er ordnete bereits am 30. April die Freilassung Schnäbels an. Das ist nicht der einzige Fall, in dem Bismarck bewies, daß er seine auswärtige Politik durch das hysterische Geschrei der deutschen Hegepresse nicht stören ließ.

Mit dieser geschichtlichen Erinnerung soll natürlich nicht gesagt sein, daß der Neuhöfener Fall unbedingt eine ähnliche Erledigung finden müsse wie der Fall Schnäbele. Von diesem unterscheidet er sich ja auch dadurch, daß es damals zu einer blutigen Auseinandersetzung nicht gekommen ist. Festzuhalten bleibt jedoch der Grundsatz, daß die deutsche Regierung, unbeeinträchtigt von dem Geschrei der deutschen und der polnischen Hegepresse, eine Politik friedlicher Gerechtigkeit

treiben muß, wie sie den Interessen des deutschen Volkes entspricht.

Aufregung in Polen.

Warschau, 27. März.

Das Regierungsblatt „Kurjer Czerwony“ gibt seinem Bericht über den Neuhöfener Fall folgende Ueberschrift: „Demastierung des deutschen Verbrechens, des Babarentums und der Lüge. Offiziere aus Berlin und Danzig haben den Hinterhalt organisiert“. U. a. gibt das Blatt ein Gerücht wieder, wonach an der Spitze der Grenzscheure zwei geheimnisvolle deutsche Offiziere gestanden hätten, von denen einer aus Berlin und der andere aus Danzig an dem Tatort eingetroffen seien. In einer anderen Stelle bringt das Blatt einen Artikel über Kriegsvorbereitungen in Ostpreußen. „Ostpreußen — ein großes Lager bewaffneter Hölles gegen Polen, der Organisationen, Festungen und ein Halbmilliardenfonds des Deutschen Reiches“, so heißen hier die Ueberschriften. Der Inhalt läßt sich danach leicht erraten.

Diplomatische Auseinandersetzungen.

Amlich wird mitgeteilt:

Der polnische Gesandte in Berlin hat im Auswärtigen Amt gegen die Vorgänge, die sich anlässlich des Grenzzwischenfalls bei Neuhöfen abgespielt haben, protestiert und gleichzeitig die Einsetzung einer deutsch-polnischen Kommission angeregt, die durch gemeinsame Feststellungen an Ort und Stelle den Sachverhalt aufklären soll.

Dem polnischen Gesandten ist erwidert worden, daß sein Protest zurückgewiesen werden müsse. Der polnische Schritt sei schon in sich widerspruchsvoll, da er einerseits die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Aufklärung des Tatbestandes anregt, andererseits aber ein für Polen günstiges Ergebnis der Feststellungen der Kommission dadurch bereits vorsehne, daß gegen ein angebliches Verschulden deutscher Beamter protestiert werde. Außerdem handelt es sich nach dem bisherigen Ergebnis der von den zuständigen deutschen Stellen eingeleiteten Untersuchungen nicht um einen Hebergriff deutscher Beamter, sondern um eine polnische Grenzverletzung und um Gewaltthaten, die von polnischen Beamten auf deutschem Territorium begangen worden seien. An übrigen halte es die deutsche Regierung auch von sich aus für angebracht, den Sachverhalt durch eine gemeinsame Nachprüfung aufzuklären und diese Aufgabe einer gemischten Kommission zu übertragen.

Der deutsche Gesandte in Warschau ist beauftragt worden, den deutschen Standpunkt im vorstehenden Sinne bei der polnischen Regierung zur Geltung zu bringen.

Die preussische Staatsregierung wird durch den Minister des Innern Prof. Dr. Waentig vertreten sein, der in Begleitung von Staatssekretär Dr. Abegg an den Verhandlungen der Länderkonferenz teilnimmt.

Universität Jena gegen Fried.

Protest gegen die Berufung von Dr. Günther.

Weimar, 27. Mai.

Wie der Rektor der Universität Jena mitteilt, haben Rektor und Senat der thüringischen Landesuniversität gegen die Berufung des Schriftstellers und Rasseforschers Dr. Hans Günther zum ordentlichen Professor der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät durch das Volksbildungsministerium einstimmig Protest eingelegt, da das in der Universitätsstatute verbriefte alte Recht der Universität, bei der Berufung auf die Lehrstühle durch ihre Vorschläge sachkundig mitzuwirken, im vorliegenden Falle durchbrochen worden ist.

Fabricius in Thüringen.

Der hinausgeworfene Regierungsrat als 2. Bürgermeister

In Sonneberg in Thüringen herrscht seit Monaten die Zwangsverwaltung. Im Stadtrat gibt es eine Mehrheit aus sechs Bürgerlichen und fünf Nationalsozialisten. Diese beiden Gruppen haben sich nun geeinigt. Sie werden zum ersten Bürgermeister den Regierungsrat Jogaum wählen, zum besoldeten Beigeordneten mit der Amtschacht, demnächst zum zweiten Bürgermeister aufzurücken, den ehemaligen Regierungsrat Dr. Fabricius.

Dies ist derselbe Nationalsozialist Fabricius, der durch die Reichsdiskiplinarkammer wegen öffentlicher Herabsetzung der Republik und der Reichsflagge mit Dienstentlassung bestraft worden ist! Das Land Frieds ist der richtige Aufenthaltsort für solche Gestalten!

Das neue Defizit.

Kabinettsentscheidung über die Deckung verlag.

Amlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers beschloß sich das Reichskabinetts mit der durch die nur langsam zurückgehende Arbeitslosigkeit und die konjunkturellen Ausfälle an Einnahmen des Reiches geschaffenen Lage. Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister legten die verschiedenen Möglichkeiten für den einflussigsten notwendig anerkannten sofortigen Ausgleich der Fehlbeträge dar.

Das Reichskabinetts beschloß, die Entscheidung über die Art der Deckung mit der Beschlußfassung über das Ausgaben-senkungsgesetz zu verbinden. Diese Kabinettsentscheidung wird Anfang nächster Woche fallen.

Die Regierungspresse hat am Ende der vorigen Woche stolz erklärt: es wird nicht verhandelt, am Dienstag wird das Kabinetts tagen und sofort eine Entscheidung fällen.

Die Kabinettsitzung hat stattgefunden, eine Entscheidung ist nicht gefallen, sondern die Sitzung ist um eine Woche vertagt worden. Zunächst!

Heute Länderkonferenz.

Der Fall Fried.

Heute vormittag, 10 Uhr, tritt im Reichsministerium des Innern die Länderkonferenz zusammen, die sich mit dem Fall Fried beschäftigen wird.

Dr. Fried wird nicht teilnehmen, obgleich er eingeladen ist. Thüringen wird vertreten durch Staatsminister Baum, Ministerialrat Dr. Thiemer und Ministerialrat Guget, dem Leiter der thüringischen Landespolizei.

Die Grundstücksfandale.

Eine Zwischenbilanz.

Mit der Amtssuspension des demokratischen Stadtrats Rat haben die Berliner Grundstücksfandale einen vorläufigen — voraussichtlich noch nicht endgültigen — Abschluß gefunden. Es wäre gut, wenn die Presse ganz allgemein eine solche Gelegenheit zum Anlaß nähme, ihre Leserschaft aus dem Wirbel der Sensationen (tatsächlicher und gemachter) zu einem Ruhepunkt nüchterner Besinnung zu führen. Denn von der Sensation allein kann kein Mensch und kann keine Presse, die den Ehrgeiz politischer Führung hat, auf die Dauer leben.

Was haben uns die letzten Wochen an „Enthüllungen“ aus der Praxis der kommunalen Verwaltung Berlins gebracht?

Sie haben die schnell vergehenden Volksgenossen daran erinnert, daß die Reichshauptstadt in den letzten Jahren systematisch und konsequent bestrebt war, den letzten zusammenhängenden unbebauten Grundbesitz im Reichsbild der Stadt in ihre Hände zu bekommen, um ihn in zwölfter Stunde der Privatspekulation zu entziehen, der Bevölkerung als billiges Siedlungsland zur Verfügung zu stellen oder als Freifläche und Erholungsstätte zu erhalten. Wir haben weiter zum ersten Male an der Hand von Daten und Zahlen erfahren — was bisher nur wenigen Eingeweihten bekannt war —, daß die Stadt bzw. die Verkehrs-Gesellschaft Grundstücke im Gesamtwerte von 140 Millionen aufgekauft hat, um rechtzeitig das Terrain für die Durchführung ihrer Schnellbahnbauten und der notwendigen Straßendurchbrüche und Platzverweiterungen in der City in eigenem Besitz zu haben. Die Vorbereitungen für alle Grundstückskäufe sowohl bei den Gütern wie bei den Häuserblocks der City wurden möglichst geheim getroffen, um der Terrainspekulation tunlichst keine Gelegenheit zu geben, sich durch Zwischenkäufe hohe Zwischen-gewinne zu verschaffen. Das ist in einer Reihe von Fällen überraschend gut gelungen, bei einigen Käufen war der Zwischengewinn sichtbar, wurde aber auf das Mindestmaß herabgedrückt, und endlich sind bei einer großen Zahl von Käufen unnötige Provisionen an künstlich eingeschobene Makler und leider auch an beamtete Unterhändler der Verwaltung gezahlt worden. Die letztere Erkenntnis ist neu, dahingehende Vermutungen sind zwar wiederholt, nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite, ausgesprochen worden, alle amtlichen und außeramtlichen Untersuchungen haben aber jahrelang zu keinem Ergebnis geführt, bis jetzt endlich die systematische Aufrollung der Fälle einige Klarheit über die Methoden und den Umfang der Schiebungen gebracht hat.

Das ist — in aller Kürze — der Inhalt all jener Enthüllungen, die die Presse und mit ihr die gesamte Öffentlichkeit in den letzten Wochen so lebhaft beschäftigt haben. Grundstücksfandale — in der Tat. Kein Zweifel: die Stadt Berlin ist betrogen worden, betrogen durch ein raffiniertes Zusammenpiel provisionsgieriger Mitbürger innerhalb und außerhalb der Verwaltung.

Was lehren uns diese Ständale und wie kann sich die Stadt, können sich die in ihrer Verwaltung vertretenen Parteien vor ihrer Wiederholung schützen?

Da darf zunächst das Wort eines ganz unverdächtigen Zeugen, des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Steiniger zitiert werden: Einen absoluten Schutz gegen Betrüger, die einander in die Hände arbeiten, gibt es weder in der Wirtschaft noch in der Verwaltung. Auch die beste Kontrolle sichert nicht dagegen, daß zwei geschickt zusammenspielende Betrüger ihre Schiebungen eine Zeitlang unbemerkt durchführen. Aber — so wird man einwenden — die Heimlichkeit der Kaufvorbereitungen hat diese Schiebungen begünstigt. Ganz ohne Zweifel. Allein eine städtische Verwaltung steht bei der Durchführung derartiger Transaktionen in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung und bei dem geltenden, gänzlich unzulänglichen Ent-eignungsrecht leider nur vor der bange Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder sie läßt Grundstücks-käufe heimlich unter Einschaltung von Maklern u. dgl. durchführen — dann läuft sie Gefahr, um Provisionen u. dgl. betrogen zu werden, sie wird aber bei sorgfältiger Nachprüfung des endgültigen Preises doch noch relativ billig kaufen — oder aber sie tritt in aller Öffentlichkeit feierlich als Käufer auf — dann kann sie Betrügereien wahr-scheinlich ausschalten, aber sie zahlt dafür doppelte und dreifache Preise bei Kauf oder Enteignung. Bei diesem Dilemma wird man wohl doch sagen dürfen: die Methode war richtig, aber die Männer, die zu ihrer Durchführung berufen waren, waren falsch.

Die Methode war richtig — trotz allem Hallo jener Presse, der die Bekämpfung der Sozialpolitik im neuen Berlin Lebensprinzip ist. Das gilt insbesondere von den vielverlästerten Gutskäufen der

Kampf dem Kapitalismus!

Arbeiterkritik und Gewerkschaftsforderungen zum Reichswirtschaftshaushalt.

Der Reichstag begann am Dienstag nachmittag mit der zweiten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrates. Berichterstatter ist Abg. Dr. Raumer (D. Sp.).

Staatssekretär Dr. Trendelenburg

(spricht in Vertretung des erkrankten und auf vier Wochen beurlaubten Ministers Dietrich, und zwar zunächst über die möglichen Verfahren zur Regelung von Kartellstreitigkeiten. Mit der Reform des Kartellrechts soll aber auch das Ergebnis der Enquete gebräutet werden, das im Sommer vorliegen dürfte. Infolge des Frankfurter Versicherungstrags soll das Versicherungsrecht geändert werden. Die Versicherungsunternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Rechnungsabläufe alljährlich durch unabhängige Revisionsgesellschaften prüfen zu lassen und die Berichte allen Instanzen vorzulegen. Treuhändler sollen die Versicherten schützen. Eine Denkschrift wird in einigen Wochen vorgelegt werden. Das Anwachsen des statistischen Reichsoms ist eine Folge des überall in der Welt steigenden Bedarfs an Statistik. Die Vorbereitung einer gründlichen Reorganisation der Statistik ist einer dreigliedrigen Kommission unter dem Vorsteher einer bekannten wirtschaftlichen Persönlichkeit übertragen worden.)

Abg. Larnow (Soz.):

Die ganze Wirtschaft steht unter dem Druck der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Wenn meine Partei mit allem Nachdruck dafür kämpft, daß den Opfern der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung ein Existenzminimum gewährt wird, so verkennen wir natürlich nicht, daß die bessere Form der Hilfe die Beschaffung von Arbeit wäre. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Arbeitsbeschaffung müßte das Zentralproblem nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Staatspolitik sein. Das Hauptzentrum der Regierungspolitik müßte im Wirtschaftsministerium liegen. Dem ist aber nicht ganz so. Wenn das Landwirtschaftsministerium zu einer sozialen Wirtschaftspolitik mit großer Energie übergegangen ist, so erscheint die Beschäftigung des Wirtschaftsministeriums nicht ganz angebracht; wenigstens müßte es verhindern, daß die

gesamte staatliche Wirtschaftspolitik in eine Richtung gebracht wird, die den Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft nicht förderlich sein kann.

diese vielmehr den einseitigen Interessen der Landwirtschaft unterordnet. Wenn in der ganzen Welt Bestrebungen zur Erleichterung des internationalen Handelsverkehrs und zum Abbau der Zollmauern im Gange sind, so müßte Deutschland dabei der Führer unter den Nationen sein. Die Wirtschaftspolitik der Regierung bringe läßt von dieser Erkenntnis nichts merken, sondern bedroht unsere Welt handelsbeziehungen auf das allergrößte. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Hochschulzoll bringt Arbeitslosigkeit.

Der einzige Minderposten in unserer Weltwirtschaftspolitik ist die Entwicklung unseres Außenhandels, die sich von 1925 bis 1929 außerordentlich günstig gestaltet hat. Unsere Ausfuhr in dieser Zeit ist um mehr als 4 Milliarden Mark gestiegen. Davon entfallen 14 Milliarden auf die Steigerung der Ausfuhr an Fertigwaren. Das bedeutet eine Beschäftigung von mehr als 600 000 Arbeitern. Wie hätte ohne diese Steigerung unser Arbeitsmarkt ausgesehen! In diesen 600 000 kommen noch die mittelbaren Auswirkungen der Ausfuhrsteigerung.

Die starke Erhöhung der Agrarzölle aber, die Ausdehnung des Einfuhrzollsystems, also der Exportzölle und des Dumpings macht uns in der übrigen Welt natürlich ungemein beliebt und muß unsere ausgedehnten Handelsbeziehungen ungeheuer fördern!

(Sehr gut! Anfs.) Man kann nicht Protektionismus treiben, ohne Rückwirkungen in den anderen Ländern heranzurufen. Noch haben wir in der Weltwirtschaft eine sehr starke Stütze in der enghischen Handelspolitik, die im wesentlichen immer noch freihändlerisch ist.

Die englische Arbeiterregierung hat die Zolllinie ergriffen, damit ein Zollkrieg zwischen den Nationen geschlossen werde.

Sie hat das nicht aus Ideologie getan, sondern getrieben von der Sorge, daß sie der Schutzollbewegung im eigenen Lande nicht mehr Herr werden kann. In diesem Augenblick müssen wir kräftig dazwischenzufahren, um mit unserer Schutzollpolitik den Protektionismus im Ausland zu stärken. Im letzten Jahre hatten wir eine Ausfuhr nach England von 1,305 Milliarden Mark und einen Ausfuhrüberschuß von 440 Millionen. Davon sind nur 10 bis 12 Proz. unter englische Zolllinie gefallen. Mehr als 90 Proz. unserer Gesamtausfuhr nach England blieb also ohne Zollbelastung. Durch die Kenderung unserer Handelspolitik werden wir uns die Märkte in der ganzen Welt erheblich verklümmern. Nach Holland, das eine sehr liberale Handelspolitik treibt, betrug unsere Ausfuhr im letzten Jahr 1,355 Milliarden, der Ausfuhrüberschuß 654 Millionen. Nach Skandinavien hatten wir bei einer Ausfuhr von 1,651 Milliarden einen Ueberschuß von 323 Millionen.

Diese drei Einfuhrgebiete, die infolge der Kenderung unserer Handelspolitik, und sicher, wenn England dem Ansturm der Schutzollener nicht widerstehen könnte, ihre Handelspolitik ändern werden, haben im letzten Jahre deutsche Waren im Werte von 4 Milliarden aufgenommen und uns einen Ueberschuß von annähernd 1 1/2 Milliarden gebracht.

Das sind sehr schwere Gewichte gegenüber den vielleicht vorhandenen Erfolgsaussichten Ihrer Landwirtschaftspolitik. Der Reichswirtschaftsminister hat seinerzeit mit einem Ton des Bedauerns festgestellt, daß wir mit den Grundfäden unserer Handelspolitik leider bis 1935 gebunden sind. Aus dieser Bemerkung konnte man schließen, daß der Minister die Wichtigkeit, unsere Handelspolitik zum Protektionismus umzubiegen. Wenn solche Absichten bestehen, dann möchten wir sie beizeiten kennenlernen, damit der Reichstag ausprechen kann, daß er nicht mitmacht, weil Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft davon bedroht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Folgen der Rationalisierung.

Die Größe der Arbeitslosigkeit ist kein Beweis für eine Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese hat sich ausgezeichnet entwickeln können in derselben Zeit, wo die Arbeitslosigkeit ständig angewachsen ist. Nach allen Produktions- und Verkaufsziffern war das Wirtschaftsvolumen 1929 größer als 1928, obwohl diese Zeit begleitet war von einem fortwährenden Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Sie muß also Ursachen haben, die nicht in einem Wirtschaftszusammenbruch, vielmehr in besonderen Umständen zu suchen sind.

Eine der wichtigsten Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit ist die überflüssig betriebene Rationalisierung der deutschen Produktion.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Selbstverständlich gehört zu den Fortschritten der Zivilisation und der Wirtschaft eine sorgfältige Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen. Wenn aber die technische Rationalisierung für die Volkswirtschaft von Nutzen sein soll, dann muß der Zeitpunkt dafür richtig gewählt sein. Die große deutsche Rationalisierung 1925 bis 1929 erfolgte in einer Zeit, die nach volkswirtschaftlich vernünftigen Erwägungen dafür die deut-

bar ungeeignetste war. Als Voraussetzungen für eine Rationalisierungskampagne müßte man bezeichnen, daß der Arbeitsmarkt verhältnismäßig leer und der Kapitalmarkt verhältnismäßig gefüllt ist. Die deutsche Rationalisierung begann in einer Periode, wo der Arbeitsmarkt total überfüllt, wo aus der Kriegs- und Inflationszeit einige Millionen Arbeiter noch nicht angelegt waren im Arbeitsprozeß.

Statt daß man Arbeitskräfte angelegt hätte, sind durch die Rationalisierung noch weitere Arbeitskräfte freigestellt worden.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Zahl der durch die Rationalisierung unmittelbar freigestellten Arbeiter auf 2 Millionen. Dazu kommen die bereits bei Beginn der Rationalisierung vorhandenen Arbeitslosen. Das verfügbare Kapital, das zur Anlegung von Arbeitern hätte verwendet werden können, ist zur Freisetzung von Arbeitskräften gebraucht worden!

Für den Siebenstundentag!

Heute schon sind nicht mehr alle Arbeitskräfte unterzubringen. Dann aber muß man die Arbeitszeit verkürzen. Nach dem jetzigen Stand der technischen Einrichtungen wäre der Siebenstundentag oder die Fünfstagewoche durchaus genügend, um die volkswirtschaftlichen Leistungen, die heute in acht oder noch mehr Stunden geleistet werden, durchzuführen. Diese Arbeitszeitverkürzung wäre möglich, ohne daß dadurch die volkswirtschaftliche Leistung zurückgeht. Allerdings ist diese Frage nicht mit moralischen Argumenten zu lösen. Immer war das Kernstück politischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen ein Machtkampf. (Sehr richtig! links und rechts.) Wir werden die Arbeiterklasse noch besser organisieren, die Arbeiterschaft wird sich noch stärker hinter ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung stellen müssen, dann werden wir die Möglichkeit haben, das, was in der Wirtschaft durchführbar ist, auch verwirklichen zu können. Wir vertrauen darauf, daß die Arbeiterklasse, soweit sie das heute noch nicht begriffen hat, es noch begreifen wird. (Beif. Zustimmung der Soz.)

Kapitalnot und Kapitallenkung.

Man spricht viel von der Kapitalnot, aber diese begründet noch nicht, daß die ganze Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik, auch die ganze Lohnpolitik in den Dienst einer stärkeren Kapitalbildung gestellt werden muß. Das Ausmaß der inneren volkswirtschaftlichen Kapitalbildung wenigstens seit 1927 ist nach allen Schätzungen und Berechnungen bereits so groß, wie in den letzten Vorkriegsjahren. (Hört! Hört! links.) Ich weiß, daß damit noch nicht alle Lächer gestopft werden können, die der Krieg gerissen hat, und daß das auch nicht ausreicht, um die Ansprüche der außerordentlichen Rationalisierung zu befriedigen.

Das Ausmaß der nötigen Kapitalbildung wird aber nicht bestimmt durch unseren Kapitalbedarf allein, sondern durch eine ganze Reihe anderer Faktoren, vor allem dadurch, in welchem Maße das vorhandene und das neu gebildete Kapital in der deutschen Wirtschaft eine rentable Verwendung finden kann.

Unsere deutsche Wirtschaft zeigt gegenwärtig eine gewaltige Ueberschüttung der produktiven Anlagen. Veraltete Kapitalbildung bei starker Konsumeinschränkung kann nichts anderes bedeuten, als daß die nicht verwendbaren Produktionsanlagen noch vergrößert werden, d. h. daß noch größere Teile der Produktionsanlagen entwertet werden. Volkswirtschaftlich ist nur das Kapital vorhanden, das rentabel arbeitet; Kapital, das nicht arbeitet, muß volkswirtschaftlich abgeschrieben werden. Wenn Sie die Kapitalneubildung vergrößern durch Vernichtung von Verbrauchkräften, durch weitere Einschränkung der Produktion, dann haben wir nicht einen Kapitalvermehrungs-, sondern einen Kapitalvernichtungsprozeß. (Sehr wahr! links.)

Die meisten Unternehmer, die über Kapitalnot klagen, sind sich dieses Zusammenhangs gar nicht bewußt. Es ist gar nicht so, daß zu wenig Kapital, sondern daß zuviel Kapital investiert ist, und daß dieses zuviel investierte Kapital keine Rente abwerfen kann.

Trotz dieser fortgeschrittenen Kapitalnot ist eine ungeheure Menge von Kapital verschwendet und vergeudet worden.

Je mehr man von dem Einzelheiten erfährt, um so mehr erkennt man, daß Millionenbeträge durch Fehlinvestitionen vergeudet und der Volkswirtschaft entzogen worden sind. Die allgemeine Kapitalnot hat noch die besondere Wirkung, daß das verfügbare Kapital nicht über die ganze Wirtschaft gleichmäßig verteilt wird, sondern einzelne Unternehmungen sich vergrößern, sich erweitern und neue Betriebsanlagen schaffen. Das Reichswirtschaftsministerium hätte

die große und volkswirtschaftlich dankbare Aufgabe, die Kapitallenkung mehr als bisher zu verfolgen und zu versuchen, auch den Kapitalmarkt organisieren zu helfen. Was in den letzten Jahren getan wurde, war das Gegenteil wirtschaftlicher Vernunft.

Der Auslandskredit wurde uns ferngehalten, die Gemeinden stranguliert. In der Zeit, wo sie langfristige Auslandskredite hätten bekommen können, ist ihnen die Möglichkeit genommen worden.

Sie mußten sich in kurzfristige Schulden stürzen. Nachdem sie für produktive Arbeiten keine Mittel bekommen haben, müssen sie jetzt eine Umschuldungsaktion machen. Jetzt, wo die Erleichterung auf dem langfristigen Kapitalmarkt eingetreten ist, müssen erst die Gemeinden saniert und diese Kredite zur Tilgung der kurzfristigen Schulden verwendet werden. Die Privatwirtschaft, die sich so gefreut hat, als die Gemeinden stranguliert wurden, ist heute die Leidtragende. Besonders der Raumarkt, durch den die Arbeitslosigkeit so stark vergrößert wird. Der Wohnungsbau liegt fast vollständig brach, und das ist mit verursacht durch die Kreditpolitik gegenüber den Gemeinden. (Sehr wahr!)

Unternehmerangriff auf den Lohn.

In dieser Zeit so ungeheurer und so verzweifelter langer Arbeitslosigkeit glaubt das Unternehmertum die Gelegenheiten gekommen, um allgemeinen Lohnabbau durchzusetzen.

In den letzten Jahren haben wir unausgesetzt hören müssen, daß die deutsche Produktionswirtschaft so stark belastet sei durch Steuern, soziale Abgaben und zu hohe Löhne. Die Zahlen über die Entwicklung unseres Außenhandels widerlegen die Behauptung, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dadurch unterbunden wäre. In der ganzen Welt hat keine Volkswirtschaft ihre Ausfuhr in dem Maße steigern können, wie die deutsche. Es wäre ja furchtbar einfach, wenn man die Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkung beseitigen könnte, da brauchte man ja nur die Löhne so tief zu senken, bis der letzte Arbeiter untergekommen ist. Diese Theorie stammt aus der längst entwichenen Zeit, wo die Bestehungskosten im wesentlichen durch die Lohnkosten und das gesamte Preisniveau durch das Lohnniveau bestimmt wurden, und wo eine Lohnsenkung die Preislenkung automatisch zur Folge hatte. Heute oder stehen nicht mehr die Lohnkosten, sondern die fixen Kosten im Mittelpunkt der Bestehungskosten. In diesen Kosten ändert aber ein Lohnabbau gar nichts. Selbst bei einem allgemeinen Lohnabbau von 10 Prozent könnten die Preise noch nicht um 1 Prozent gesenkt werden.

Eine 10prozentige Lohnsenkung würde aber die Kaufkraft der Arbeiter viel stärker als um 10 Prozent vermindern,

denn die Ausgaben für Miete und Ernährung bleiben, und nur die Spitzen des Lohnes sind konjunkturuell beeinflussend. Ein 10prozentiger Lohnabbau würde die Kaufkraft um 20, 30 oder 100 Prozent verringern. (Beif. Zustimmung der Soz.) Man sollte etwas mehr von amerikanischer Wirtschaft und amerikanischer Wirtschaftstheorie lernen!

Ein weiterer Einwand ist, daß der Lohn stark und nicht beweglich sei. Auch der Reichsfinanzminister hat in Rom davon geredet, und zwar in einem Atemzug von starren Löhnen und starren Kartellpreisen. Nun,

die Gewerkschaften wären glücklich, wenn die Löhne so starr wären, wie die Kartellpreise.

(Sehr gut! bei den Soz.) Die effektiven Löhne liegen vielfach 15, 19 oder 20 Prozent über dem Tariflohn. Diese Mehrböhne aber sind leider außerordentlich konjunkturempfindlich. Es ist noch keine Krise da gewesen, die nicht trotz Aufrechterhaltung der Tariflöhne auf die Effektiveböhne gewirkt hätte, ebenso wie eine Konjunktur die Böhne erhöht. Geben Sie uns nur so viel Beweglichkeit für die Kartellpreise, wie sie für die Löhne besteht, dann wird unsere ganze Wirtschaft elastischer sein.

Den Unternehmern genügt aber nicht die Möglichkeit, die Löhne senken zu können, sie wollen die Zeit benutzen, zu einem Angriff auf die tariflichen Mindestlöhne; sie wollen das Existenzminimum der Arbeiterschaft drücken.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Dafür sehen wir zahlreiche Anzeichen, dafür sind auch schon tatsächliche Maßnahmen eingeleitet. So z. B. ist das Stahlwerk Beder vom Stahlwerkverband aufgekauft worden, um es stillzulegen, um die Produktionskapazität zu verringern. Der Stahlwerkverband hat eine ganze Reihe gesunder Werke aufgestaut, um sie stillzulegen. Es gehört ein robustes Gewissen dazu, laufende Arbeiter ersitzungslos zu machen, ganzen Gemeinden die Daseinsgrundlage durch einen einfachen Beschluß zu entziehen.

Ablenkungsversuche des Unternehmertums.

Die Herren von Stahl und Eisen haben starke Nerven in dieser Beziehung.

Aber immerhin, die Deszendenz fängt an, zu murren. Auch der gute Bürger kriegt allmählich Bedenken, ob diese Gesellschaftsord-

Nationalsozialistischer Kopfschuck.

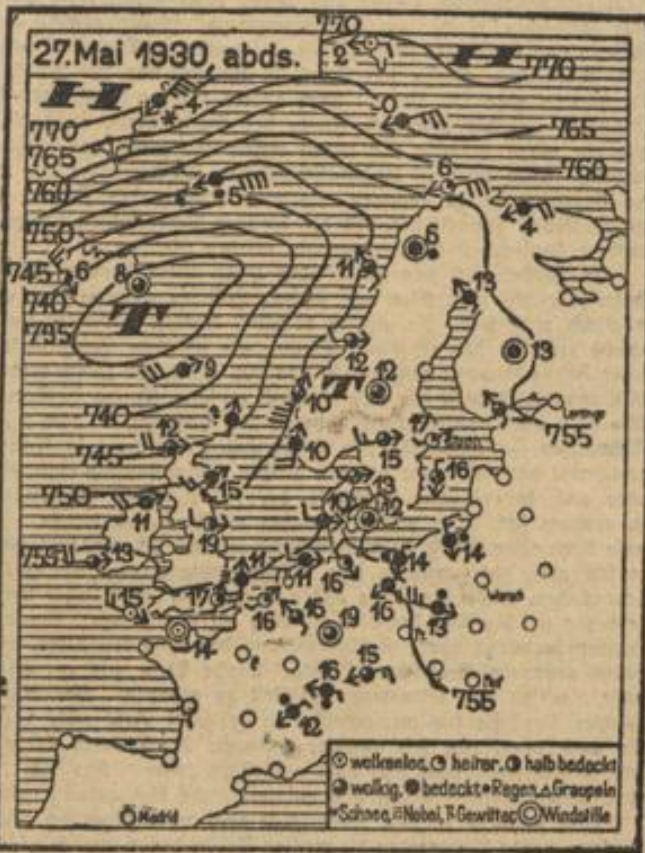
Die Hitler-Prese kündigt die Einführung eines Kopfschucks für die Sturmabteilungen an.



„Du brauchst keinen Helm. Bei dir hat die Natur vorgesorgt.“

Genossinnen! Nutzt die letzten Tage der Werbeweche Betreibt fleißig Hausagitation!

Allgemeine Wetterlage.



Warme südöstliche Luftmassen sind vom Balkan nach Polen vordringend. Im Osten des Reiches ruft die aufsteigende Barockluft anhaltende und ergiebige Regenfälle hervor. Weiter nach Westen hin war das Wetter zeitweise heiter. Vielfach kam es aber dort infolge der stärkeren mittäglichen Erwärmung zur Ausbildung örtlicher Gewitterregen. Druckanstieg im Westen und Süden des Regengebietes läßt erwarten, daß es nach Nordosten abzieht. Die Störungen, die von der kräftigen Inlanddepression ausgehen, werden unser Wetter vermutlich erst am Donnerstag beeinflussen. Am Mittwoch dürften wir unter den Einfluß des über Westdeutschland liegenden windstillen Gebietes kommen.

Wetterausblick für Berlin. Zeitweilig heiter, aber Neigung zu Gewitterregen, ziemlich warm, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland. Im Osten Nachlassen der Regenfälle, im mittleren Teile des Reiches zeitweise heiter, streifenweise Gewitterregen, im Westen zunächst noch ziemlich warm, später Übergang zu kühlerem Wetter.

Rinderherd (und Jugendliche) Kolonnen d'Frank und Kameradschaft Man legt Mittwoch im Städtischen Jugendheim am Delle-Allianer-Weg 1: für Seilgang ab 18 Uhr und tänzerische Gymnastik für Kinder; Jugendbühne und Schachabend ab 20 Uhr. Der Unterricht erfolgt kostenlos — jedes Kolonnenmitglied willkommen.

Sport.

Rennen zu Grünwald am Dienstag, dem 27. Mai.

1. Rennen. 1. Malador (König), 2. Tramonio, 3. Rohr, 4. Biometta. Toto: 53:10. Platz: 17, 20, 17, 18:10. Ferner liefen: Dabicht II, Fendal, Maximo, Maxime, Hauptmann's Säwester, Fortissimo, Ron Bijou, Wia, Orlina.
2. Rennen. 1. Malvollo (Ebbel), 2. Langenicht, 3. Loblieb. Toto: 25:10. Platz: 13, 16, 20:10. Ferner liefen: Nos, Semer, Semom, Wang Dong.
3. Rennen. 1. Alba (Rumro), 2. Gregor, 3. Nod. Toto: 14:10. Drei liefen.
4. Rennen. 1. Lichtstrolch II (Schmisch), 2. Fernländer, 3. Finnland. Toto: 117:10. Platz: 30, 14:10. Ferner liefen: Knader, Sabatini, Radonna, D'Kreppo.
5. Rennen. 1. Amo (Rumro), 2. Berona. Toto: 13:10. Zwei liefen.
6. Rennen. 1. Latius (Prinim), 2. Gerolstein, 3. Mikator. Toto: 55:10. Drei liefen.
7. Rennen. 1. Gebelaine (Kudrie), 2. Riferik II, 3. Redon. Toto: 68:10. Platz: 27, 24, 33:10. Ferner liefen: Rotenstein, Dogmatiker, Ungar, Semper Idem, Elpi, Erlanon, Condesja, Golbalma.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2. Treppen rechts, zu richten.

14. Kreis Neukölln. Die Kinderfreunde Kreis Neukölln laden zu einem Reizloos-Werbewochen am Freitag, 30. Mai, um 20 Uhr, im Seebau Bergstraße 18 ein. Unter dem Motto „Die Reizen fallen ruhen“ zeigen wir Filme aus der Schweiz, Suedburgen Erde und Programm: Musik, Gesang und Bewegungsgesch. Anrede: Genosse Albert Grotzmann, Freunde unserer Bewegung sind gern gesehen.

Heute, Mittwoch, 28. Mai:

7. Abt. Flugblätterverteilung von 15-18 Uhr von den Reichsbankstellen aus. Alle Genossen haben sich daran zu beteiligen.
23. Abt. 17^{1/2} Uhr Mitgliederversammlung im „Steinacker“, Gertr. 44. Thema: „Abhängen, Sacken und Deutzen“. Referent Genosse Albert Grotzmann, Bezirkssekretär Innenminister a. D.
102. Abt. Baumkulturreise. Pünktlich 19 Uhr bei Hof außerordentlich wichtige Funktionärskandidaten (sowie allen in den Bezirken tätigen Genossinnen und Genossen).

Frauenveranstaltungen.

14. Kreis Neukölln. Dienstag, 3. Juni, um 19^{1/2} Uhr, im Seebau Bergstraße 147. Filmvorführung: „Die Mutter“. Anrede: Kathilde Wurm, 2. u. 3.

14. Kreis Neukölln. Die Abteilungsleiterinnen werden gebeten, die Dampferfahrten im Empfang zu nehmen im Parteibüro, Rudolphstr. 55-56, in der Zeit von 17-18 Uhr.
46. Abt. Der Frauenabend fällt in diesem Monat aus. Die Genossinnen beteiligen sich an der Dittlie-Decker-Geburtsfeier am Freitag, 30. Mai, um 19^{1/2} Uhr. Am Sonntag, 3. Juni, treffen sich alle Genossinnen pünktlich zu der festgesetzten Zeit auf dem Vossplatz zur Demonstration.

Chem. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Alle früheren Mitglieder treffen sich Freitag, 30. Mai, 19^{1/2} Uhr, Nordstraße 1011, im Sitzungssaal der Bezirksversammlung Kreuzberg zur Gedächtnisfeier für Dittlie Decker.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 30. Mai, 20 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal 3. Kurzwache, Arbeitsausgabe, Vortrag über „Jugendrichtsicht“. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.

Jungsozialisten.

Wachler Gruppe. Aktion! Dinnmahlzeit (30. Mai) Treffpunkt zum Seebau im Seebau um 8 Uhr am Bahnhof Bellevue. — Der Wandervogel.

Gruppe Reinickendorf: Donnerstag, 28. Mai, Fahrt nach Birkenwerder. Briefe entlang. Wir fahren mit dem Zug ab Gesundbrunnen 6.35 Uhr, ab Reinickendorf 6.35 Uhr, ab Weismannsdorf 6.43 Uhr. Gemeinsames Treffen am Bahnhof Birkenwerder.

Gruppe Schöneberg: Donnerstag, 28. Mai, treffen wir uns zur Fahrt pünktlich 7 Uhr Bahnhof Zoo.

Wenzelauer Berg: Morgen Fahrt nach Königsmusterhausen (Tudrow). Treffpunkt: Ringbahnhof Schöneberg 7 Uhr. Bitte pünktlich sein.

Bantow: Alle unsere Mitglieder beteiligen sich an den Veranstaltungen der G.D. anlässlich der 20-Jahr-Feier. Am Mittwoch, 28. Mai, 20 Uhr, im Restaurant Schloß Schöneberg, Berlin-Niederschönhausen, Lindenstraße, Volksparkfest. Es läuft dort der Film vom Wiener Jugendtag.

Gruppe Eichen: Morgen, Donnerstag, Fahrt nach Hangelnau-Grüchler. Zug fährt 7.00 Uhr ab Ostbahnhof. Treffpunkt: Hangelnau-Grüchler 7.00 Uhr. Freitag, 30. Mai, im Jugendheim Vorkstr. 11, literarischer Abend. Jeder Genosse muß dazu beitragen. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Witte, Gruppe Engelke: Am Donnerstag, 1^{1/2} Uhr, Kolleneck Treffpunkt zur Fahrt nach Reiznrothof, 20 H. mitbringen. Am Sonnabend Kreis-Himmelsitz im Haus der Technik 18^{1/2} Uhr. „Wetter Straußes Fahrt ins Glück. Reiznrothof-Fahrt“, Eintritt 40 Pf.

Kirchmann, Gruppe August Hebel: Elternversammlung. Alle Eltern, deren Kinder für die Kreisfeier (Schweiz und Birmenburger Heide) in Frage kommen, treffen sich am Mittwoch, 28. Mai, um 20 Uhr bei Berger, Reichowstraße, zu einer wichtigen Besprechung. Anschließend findet eine Aufnahme der Pfingstfeier für die Reichsfahrt statt.

Kreis Friedrichshagen: Alle Helfer des Kreises beteiligen sich an der Helfertour nach Rummern. Treffpunkt 20 Uhr am Bahnhof Landsberger Allee. Um 20.30 Uhr. Jede mitbringen. Nur in Besen erscheinen.

Keine Stimme

den Christlich-Unpolitischen, der Kommunistischen Liste „Proletarischer Schulkampf“

Alle werben und stimmen für die Liste
„Schulaufbau!“

Kreis Neukölln: Heute, Mittwoch, in der Parade Ganshofstraße, Arbeitsrunde von 18 Uhr an. Abrechnung der Bauheute und Karten. Um 20 Uhr ebenfalls Vorkonzert. — **Film-Werbewochen:** „Die Reizen fallen ruhen“. Am Freitag haben wir zwei Vorkonzerte im Seebau Bergstraße, für Kinder von 17-19 Uhr und für Eltern von 20-22 Uhr. Programm: Schweizer und Suedburgen-Heide-Film und der Film vom Kinderfesttag, außerdem Musik, Gesang und Bewegungsgesch. Anrede: Genosse Albert Grotzmann. Alle Freunde unserer Bewegung sind eingeladen. — **Gruppe Falke:** Am Donnerstag, 28. Mai, Elternfahrt nach Gellnau. Treffpunkt um 8 Uhr Reichstag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebaustr. 37-38, Hof 2. Et. **Maximaleitung:** Mittwoch, 28. Mai, 19 Uhr, Seebaustr. 37, Besprechung über Raubdeber-Fahrt, Donnerstag, 29. Mai, 8 Uhr, Vorkonzert. — **Bantow, Zugrund:** Freitag, 30. Mai, 20 Uhr, Jugendheim Gellnau. — **Kreis Rummern, Jungbann:** Mittwoch, 28. Mai, 20 Uhr, alle Raubdeber-Fahrer (Zugrund) in der Turnhalle Großbismarckstr. 6, 1. Etage, Besprechung. **Bundesleitung:** — **Seebau:** Mittwoch, 28. Mai, beteiligen sich familiäre arbeitstätigen Kameraden um 18 Uhr an der Trauerfeier für unseren verstorbenen Kameraden, Redakteur Hoffmann, Krematorium Gellnau. **Friedrichshagen, Jungbann:** Donnerstag, 29. Mai, 8 Uhr, Fahrt nach Rummern. **Vertrieblich Bekämpfung der Bundesleitung der D.D.S.:** Treffpunkt: Gellnauer Bahnhof, Normaluhr. — **Charlottenburg (Ostseebau):** Donnerstag, 28. Mai, Ruffahrt nach Rummern-Schwanz. Abfahrt 8^{1/2} Uhr Ostbahnhof. — **Seebau (Ostseebau):** Donnerstag, 29. Mai, Ruffahrt 9 Uhr Rathaus, Ostplatz. Abfahrt etwa 10 Uhr, erwerbstätige Kameraden freie Fahrt. Musik und Rahmen zur Stelle. — **Steglitz (Ostseebau):** Schwanzfahrt: Donnerstag, 29. Mai, 8 Uhr, Gellnauer Bahnhof, Abfahrt 8.30 Uhr.

Deutscher Eisenbahn-Bund, Gellnauer Ortsgruppe Berlin. Freitag, 30. Uhr, Ruffahrt nach Rummern, Datscher Markt.

Deutscher Arbeiterverband, e. V. (Verband für Arbeiter und Arbeiterinnen) Bezirk Groß-Berlin, S. 14, Seebaustr. 37. **Schlaggruppe Kreuzberg Nr. 17:** Mitgliederversammlung Freitag, 28. Mai, 19^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftsraum (großer Saal), Engelke 24-25. Tagesordnung: Bericht von der Reichsgeneralforsammlung, Reichstatter Genossen Rudi Reichardt, Mitgliedsbuch legitimieren.

Arbeiter-Radikale-Bund Deutschlands, e. V. Gruppe Friedrichshagen: Donnerstag, 28. Mai, Herrenpartie. Treffpunkt und Abfahrt 7.40 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Besuch der Gruppe Rummern. Bekämpfung der Kulturkämpfer Rummern, zuletzt Kritik nach dem Vorkonzert. Gäste willkommen.

Kommunistische Vereinigung, Sitzung am Freitag, 28. Mai, 20 Uhr pünktlich, im Lokal des Institut für Geschichtliche Studien, Hennersdorfer Straße 6. Tagesordnung: Bericht über die Kommissarische praxis-mäßiger Nachuntersuchungen bei den Kraftwagenführern.

Was sagt der Bär?



Zur richtigen Herrenpartie gehört dreierlei:

Strahlender Himmel, frohe Gesellen und als Unentbehrlichstes:

Josetti Juno
Berlins meistgerauchte 4's Cigarette

Weltkrise und Welthandel.

Deutschland hält den Welthandelsrekord. — Lohnabbau als Exportgefahr.

Die deutsche Wirtschaftskrise hat gewiß ihre eigenen Ursachen und ihren eigenen, in mancher Beziehung auch sehr eigenartigen Charakter, sie ist aber zugleich Teilerscheinung einer allgemeinen Weltkrise. Es ist deshalb außerordentlich wichtig festzustellen, wie sich die Lage der deutschen Wirtschaft der Krise des Weltmarktes gegenüber gestaltet. Die Weltkrise findet ihren Ausdruck im Rückgang des Welthandels. Vorläufig muß man sich, infolge der Unvollständigkeit der Statistik, mit einigen Angaben begnügen, die aber als repräsentativ, d. h. als kennzeichnend für die Entwicklung gelten dürfen.

Wir vergleichen hier die Ausfuhr aus einigen Ländern im ersten Vierteljahr 1930 mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Unsere Zusammenstellung umfaßt den Außenhandel folgender Länder: U.S.A., England, Deutschland, Frankreich, Japan und Italien. Damit erfassen wir einen beträchtlichen Teil der Fertigungsausfuhr und gewinnen von dieser Seite eine gute Vorstellung von der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die gesamte Warenausfuhr der genannten Länder betrug:

Januar bis März 1929 . . . 16 075 Millionen Mark,
Januar bis März 1930 . . . 14 690 Millionen Mark.

Der Gesamtwert ist also um 9,4 Proz. zurückgegangen. Der Anteil einzelner Länder an diesem Rückgang war jedoch sehr verschieden, und wir müssen auch ein Bild über die Entwicklung jedes einzelnen Landes gewinnen.

	Januar	Februar	März	Jan./März
	(in Millionen Mark)			
U. S. A.				
1929 . . .	2018	1528	2023	5869
1930 . . .	1726	1466	1570	4762
England				
1929 . . .	1540	1116	1168	3824
1930 . . .	1168	1040	1080	3288
Deutschland				
1929 . . .	1036	921	931	2888
1930 . . .	1092	1026	1104	3222
Frankreich				
1929 . . .	607	675	685	1967
1930 . . .	609	659	649	1917
Japan				
1929 . . .	360	302	337	999
1930 . . .	300	242	277	819
Italien				
1929 . . .	220	230	262	712
1930 . . .	215	237	227	681

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß Deutschland das einzige Land war, dessen Ausfuhr im Vergleich mit dem Vorjahre beträchtlich zugenommen hat.

Ihren Wert noch war nämlich die deutsche Ausfuhr in drei Monaten rund um 10 Proz. höher als im Vorjahre, während die Ausfuhr der U.S.A. um 19 Proz., die Japans um 18 Proz. und die Englands um 9 Proz. zurückgegangen ist. Freilich wissen wir schon, daß im April auch die deutsche Ausfuhr wesentlich hinter der des Vorjahres zurückblieb, man muß aber berücksichtigen, daß im vorigen Jahre sich der April deshalb durch einen besonders starken Außenhandel auszeichnete, weil ihm Monate mit Verkehrsstörungen wegen des ungewöhnlich kalten Winters vorausgingen. Durch diese Tatsache wird die Bedeutung des allgemeinen Rückganges im ersten Vierteljahr noch unterstrichen, da der Außenhandel in der entsprechenden Zeit des Vorjahres bei normaler Witterung noch größer gewesen wäre. Unberührt aber durch diese Korrektur würde die Ausnahmestellung Deutschlands bleiben, die von der außerordentlich starken Widerstands- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zeugt.

Unsere Angaben geben eine Vorstellung davon, wie sich die Ausfuhr von sechs Ländern ihrem Geldwert nach entwickelte. Nun sind auch die Preise stark zurückgegangen, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß der Welthandel seinem Umfang (Volumen) nach nicht abgenommen hat.

Die abnehmende Kaufkraft des Weltmarktes bewirkt aber einen starken Preisabbau:

Die gewaltige Senkung der Rohstoffpreise stellt ja den Ausgangspunkt des Zusammensturzens der Kaufkraft auf dem Weltmarkt dar. Nun haben wir in Deutschland bis jetzt keinen entsprechenden Preisabbau, sondern nur eine sinkende Tendenz in der Entwicklung der Preise, die erstens nicht in allen Warengruppen in Erscheinung tritt und zweitens weit hinter dem Rückgang der Preise in anderen Ländern zurückbleibt. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß die Ausfuhrpreise auch eine andere Entwicklung haben können als die inländischen Preise. Das war bei uns auch der Fall. Leider wird bei uns die Bewegung der Ausfuhrpreise nicht statistisch erfasst, so daß man sich mit ziem-

lich groben Berechnungsmethoden begnügen muß. Wir berechnen den durchschnittlichen Preis pro Tonne in verschiedenen Warengruppen. Das ist gewiß eine unvollkommene Methode, da innerhalb einzelner Gruppen Verschiebungen der Qualität der Waren immer möglich sind. Im großen und ganzen gibt aber auch eine solche Berechnung ein eindeutiges und den Entwicklungstendenzen entsprechendes Bild.

Wir geben hier unsere Berechnungen für die deutsche Fertigungsausfuhr wieder. Ihr Umfang hat im ersten Vierteljahr viel stärker zugenommen als ihr Geldwert, der durchschnittliche Preis pro Tonne ist also zurückgegangen, nämlich um 11 Proz.:

	1929	1930	Mehr oder weniger
Deutsche Fertigungsausfuhr			
in 1000 Mark . . .	2 212 908	2 384 597	+ 8
„ Tonnen . . .	1 850 607	2 257 244	+ 22
Preis pro Tonne in Mark . . .	1 190	1 056	- 11

Durchschnittspreis bei 26 Gruppen der Fertigungsausfuhr.

	1929	1930	Mehr oder weniger
	Preis pro Tonne in Mark		Proz.
Gewebe aus Seide u. Kunstseide . . .	33 593	30 196	- 10
Bolle u. andere Tierhaare . . .	14 554	13 971	- 4
Baumwolle . . .	12 448	11 646	- 6,5
Kleidung und Wäsche . . .	32 190	33 072	+ 2,7
Sonstige Textilwaren . . .	6 656	6 914	+ 9,6
Felze und Pelzwaren . . .	108 742	91 922	- 15,5
Leder . . .	15 870	15 024	- 5,3
Schuhwerk u. andere Lederwaren . . .	20 490	19 253	- 6
Möbel und andere Holzwaren . . .	1 329	1 221	- 8
Papier und Papierwaren . . .	690	678	- 2
Farben, Firnisse und Lacke . . .	1 968	1 767	- 10
Sonst. chem. u. pharmaz. Erzeugn. . .	519	474	- 8,7
Ton- und Porzellanwaren . . .	716	595	- 17
Glas und Glaswaren . . .	1 409	1 378	- 2
Röhren und Walzen . . .	340	338	- 0,6
Stab- und Formeisen . . .	175	148	- 15,5
Wied- und Draht . . .	213	211	- 1
Kessel; Teile u. Zubehör v. Masch. . .	1 393	1 401	+ 0,6
Sonstige Eisenwaren . . .	844	786	- 7
Textilmaschinen . . .	2 955	2 900	- 2
Werkzeugmaschinen . . .	1 950	1 850	- 5
Landwirtschaftliche Maschinen . . .	970	849	- 12,5
Sonst. Maschinen (außer elektr.) . . .	2 054	1 945	- 5,4
Elektrische Maschinen . . .	2 869	2 721	- 5
Elektrotechnische Erzeugnisse . . .	3 849	3 980	+ 3,4
Sonstige Fertigwaren . . .	1 531	1 213	- 20

Mit wenigen Ausnahmen läßt sich also in den einzelnen Warengruppen ein Preisrückgang von 5 bis 20 Proz. feststellen. Bei den Ausnahmen handelt es sich entweder um Waren, deren Preis durch die internationale Kartellierung hoch gehalten wurde (bei einem großen Teil von Stahl- und Eisenwaren) oder um Waren, deren Preise auch früher ausgesprochene Dumpingpreise waren, bei

denen es schon keinen Raum für die weitere Herabsetzung gab (z. B. Gruppe „Papier und Papierwaren“ und Gruppe „Textilmaschinen“) oder aber um die Warengruppen, in welchen eine Verschiebung durch die starke Zunahme der Ausfuhr von hochwertigen Waren stattgefunden hat (z. B. in der Gruppe „Elektrische Erzeugnisse“).

Inländischer Preisabbau zur Exportstärkung.

Die Entwicklung der inländischen Preise ist also für die Entwicklung der Ausfuhrpreise nicht unmittelbar maßgebend. Die deutsche Industrie hat auf dem Weltmarkt die gleiche Preispolitik treiben müssen wie die anderen Länder. Zweifellos hat das Hochhalten der inländischen Preise in vielen Fällen die Herabsetzung der Ausfuhrpreise erleichtert. Es wäre aber falsch, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß wir im Interesse unseres Außenhandels unsere inländischen Preise nicht abbauen dürfen. In der Tat ist das Gegenteil richtig, da das Hochhalten der inländischen Preise die Drofflung des inländischen Absatzes und damit eine Steigerung der Produktionskosten bewirkt. Diese Verteuerung der Produktionskosten kann jetzt nicht durch eine starke Zunahme der Ausfuhr gutgemacht werden, da es sich in der Zeit der Krise des Weltmarktes überhaupt nicht um eine Erweiterung, sondern nur um die Erhaltung des früheren Absatzes, im besten Falle um eine geringfügige Erweiterung handeln kann. Unter diesen Umständen wird der gesamte Umfang des Absatzes stärker als je durch den Absatz auf dem inländischen Markt bestimmt.

Lohnabbau müßte Deutschlands Export schwächen.

Heute beschränken wir uns in der Hauptsache auf die Beschreibung der Entwicklung, auf tatsächliche Feststellungen. Es ist auch eine Feststellung von Tatsachen, wenn wir noch darauf aufmerksam machen, daß die Widerstandsfähigkeit einzelner Länder der Weltmarktkrise gegenüber nicht durch die Niedrighaltung der Löhne bestimmt wird. Niedrige Löhne in Japan haben diesem Lande nicht gesolfen, seine Ausfuhrquote im Welthandel aufrecht zu erhalten. Die Höhe der Löhne in Amerika ist deshalb keine Erklärung für den Rückgang der amerikanischen Ausfuhr, weil dabei die Ausfuhr der agrarischen Produkte und ihre Entwertung durch die bekannte Entwicklung der Weltpreise für diese Produkte eine sehr große Rolle spielt. Die relative Höhe der deutschen Löhne war dagegen für die Entwicklung der deutschen Ausfuhr mindestens keine Hemmung.

Ueber diese tatsächlichen Feststellungen hinaus darf man mit aller Bestimmtheit betonen, daß der Lohnabbau in Deutschland keine Erleichterung, sondern eine sichere Erschwerung unserer Stellung auf dem Weltmarkt bedeuten würde. Erstens deshalb, weil dadurch die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes trotz des evtl. Preisabbaus leiden würde, und zweitens weil die deutsche Industrie durch ihren Lohnabbau die anderen Länder dazu verleiten würde, ihren Konkurrenzkampf gegen die deutsche Ausfuhr auf das Gebiet des Wettlaufs in der Lohnsenkung überzuleiten. Man kann bezweifeln, ob die anderen Länder dadurch gewinnen, daß wir aber in diesem Wettlauf unterliegen und zugleich alle Voraussetzungen für die Belebung unserer Beschäftigung untergraben würden, darf wohl nicht bezweifelt werden. G. D.

Besserung nur auf lange Sicht.

Das Konjunkturinstitut zur gegenwärtigen Wirtschaftslage.

Das Institut für Konjunkturforschung stellt an die Spitze seiner neuesten Veröffentlichung über die deutsche Wirtschaftsentwicklung folgende zusammenfassende Meinung über die Lage Ende Mai 1930: Produktion und Beschäftigung sind konjunkturnähig weiter gesunken. Die Arbeitslosigkeit hat zwar abgenommen; die Besserung bleibt aber hinter dem saisonüblichen Umfang zurück. Der seit Jahren anhaltende Auftrieb der Ausfuhr ist zum Stillstand gekommen. Die Zinssätze am Geldmarkt haben einen ungewöhnlichen Tiefstand erreicht. Dagegen sind die Zinssätze für Langkredite trotz fortschreitender Entspannung des Kapitalmarktes noch hoch. Für den weiteren Verlauf des Jahres 1930 ist aber mit zunehmend günstigeren Emissionsbedingungen zu rechnen. Die Aktienurse stagnieren; auf Teilgebieten sind sie eher aufwärts gerichtet. An den Rohstoffmärkten hat der Preisdruck nachgelassen. Die Wirtschaft zeigt die Symptome einer dem Tiefpunkt zustrebenden Depression. Der konjunkturelle Rückgang der Wirtschaftstätigkeit dürfte in den nächsten Monaten zum Abschluß kommen und in eine Periode der Stag-

nation (?) einmünden. Die weitere Entwicklung wird durch die sich bessernde Kapitalverförgung — in gewissem Umfang auch durch die Preisentwicklung — im günstigen Sinn beeinflusst werden.

Im einzelnen interessieren folgende Feststellungen: Der industrielle Produktionsindex sei, 1928 gleich 100 gesetzt, von 96,0 Proz. im Dezember auf 91,5 Proz. im April 1930 gesunken gegen noch 109,8 Proz. im Juni 1929. Der Ausnützungsgrad der Industrieanlagen, gemessen an der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, sei von 75,0 Proz. im Dezember auf 71,2 Proz. im April 1930 gesunken gegen 77,1 Proz. Mitte 1929. Die Wagenstellung der Reichsbahn liege um etwa 14,5 Proz. unter dem Stand von Mitte 1929. Die Indizes der Lebenshaltungskosten sind vom März 1929 bis April 1930 um nur 5,8 Proz. gesunken. Eine Möglichkeit der Steigerung des Absatzes von Verbrauchsgütern sei vorerst hauptsächlich nur über den Weg von Preisherabsetzungen gegeben.

Im ersten Vierteljahr 1930 sind die Emissionen von Schuldyverschreibungen und Aktien auf 951 gegen nur 327 Millionen im

Das sind zwei von den vielen, farbigen Sommermodellen. Verschönern Sie sich

DAS PFINGSTFEST

und kaufen Sie das erprobte Erzeugnis der größten deutschen Schuhfabrik.



SALAMANDER

Ergänzen Sie Ihren Einkauf durch Strümpfe in allen modernen Farben garantiert I. Wahl

